

Landes-  
hauptstadt Kiel



## Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel  
Bestand Protokolle der Ratsversammlung  
Signaturen P II/64 fortlaufend

## Abschrift

### Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung am 6.12.1945.

Anwesend: Major Harrison von der Militärregierung mit seinem Stab; Oberbürgermeister, Bürgermeister <sup>Dr. Tschadek</sup>, die Ratsherren Koch, Brede, Behnke, Breitenstein, Bürgermeister, Dose, Einfeldt, Hombrecher, Husfeldt, Dr. Husfeldt, Kintzinger, Dr. Lindenmuth, Müller, Nickelsen, Deussen, Schweim, Stoffers, Nielsen, Giese, Gayk, Engel, Gottschalk, Jensen, Kletscher, Kowalewsky, Lethi, Prey, Ratz, Schatz, Schmidt, Schwartz, Stade, Volcker; Karge, Dobratz, Ehring, Jung, Kossack, Krautwurst, Neubauer, Oertel, Pressler, Schlarbaum, Schlichting. Entschuldigt fehlt Ratsherr Schröder.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Emcke.

Schriftführer: Stadtoberinspektor Adolph.

Major Harrison begrüßt die von der Militärregierung berufenen Mitglieder der Stadtvertretung und weist auf ihre große Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung hin. Eine große Arbeit erwartet die Gemeindevertretung, die sich mit allen Fragen der Politik befassen soll, die ihr durch den Oberbürgermeister mitgeteilt werden. Die Gemeindevertretung soll entscheiden, wie die von der Militärregierung gegebenen Richtlinien durchgeführt werden sollen. Für die Durchführung stehen die Beamten der Stadtverwaltung zur Verfügung. Wie dieser Rat arbeiten soll, wird später im einzelnen mitgeteilt werden. Über jede Sitzung der Gemeindevertretung ist ein Protokoll zu führen, das sofort nach jeder Sitzung der Militärregierung, Düppelstraße 23, vorzulegen ist. Die Protokolle sind im Rathaus so aufzubewahren, daß sie jederzeit von Offizieren der Militärregierung eingesehen werden können. Abgesehen von ihren üblichen Rechten wird die Gemeindevertretung gewisse andere Aufgaben haben, ehe sie mit ihrer eigentlichen Arbeit beginnt. Genannt seien die Festsetzung des Gehalts für den Oberbürgermeister und die Einsetzung der leitenden ausführenden Beamten, worüber im einzelnen der Oberbürgermeister sprechen wird. Bevor die Gemeindevertretung mit der Arbeit beginnt, muß sie sich eine Verfassung geben. Major Harrison schlägt vor, dazu eine Kommission zu bilden. Die Verfassung ist der Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen. Außerdem wird sich die Gemeindevertretung eine Geschäftsordnung geben müssen. Wenn die Gemeindeverfassung genehmigt worden ist, kann der Rat mit der Arbeit beginnen. Die Militärregierung erwartet die Vorlage der Verfassung spätestens am 15. ds. Mts. - Major Harrison verläßt mit seinem Stab die Sitzung -.

Der Oberbürgermeister führt aus, daß es ihm ein Bedürfnis ist, die von der Militärregierung ernannten Ratsherren in dieser für die Stadt bedeutsamen Stunde als künftige Mitarbeiter zu begrüßen. Es war früher einfacher, in einer heilen Stadt als Ratsherr zu fungieren. Heute dagegen ist alles zerbrochen, und im ganzen Gemeinwesen ist kaum etwas heil. Bisher haben die Leiter der Stadtverwaltung für alle Maßnahmen die Verantwortung getragen. Oberbürgermeister begrüßt es, daß jetzt ein Rat geschaffen worden ist, der bereit ist, die Verantwortung mit zu tragen. An der Spitze der Gemeindevertretung steht zukünftig der Oberbürgermeister, sein ständiger Vertreter ist der Bürgermeister. Die Ratsherren beschließen unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters über alle städtischen Maßnahmen, die von den städtischen Beamten auszuführen sind. An der Spitze der städtischen Beamten steht der Oberstadtdirektor, ihm zur Seite stehen der Stadtkämmerer, der Stadtschulrat, der Stadtmedizinalrat, der Stadtbauinspektor für Tiefbau und der Stadtbauinspektor für Hochbau. Diese Beamten sind von den Ratsherren zu wählen und müssen von der Militärregierung bestätigt werden. Oberbürgermeister teilt mit, daß er weiterhin als Oberbürgermeister und Dr. Tschadek als Bürgermeister fungieren werden. Für den Oberbürgermeister ist eine geldliche Entschädigung festzusetzen, die Tätigkeit des Bürgermeisters soll eine ehrenamtliche sein. Zunächst muß über die Stadtverfassung beschlossen werden, wozu vorgeschlagen wird, einen Ausschuß von 6 - 8 Ratsherren zu bilden. Aufgabe des Verfassungsausschusses wird es sein, die Verfassung vorzubereiten und sie vielleicht am 13. ds. Mts. der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung vorzulegen. Abschließend führt der Oberbürgermeister aus, daß er unter den veränderten Verhältnissen seine ganze Kraft für den Wiederaufbau der Stadt Kiel einsetzen wird. Es ist anzunehmen, daß von diesem Geiste auch die Ratsherren beseelt sind und in diesem Sinne arbeiten werden. Wenn jeder nur an die Sache denkt, muß es letzten Endes gelingen, die Dinge zu meistern.

Ratsherr Gayk weist auf die historische Stunde hin, mit der der Neubau einer demokratischen Selbstverwaltung beginnt. Die SPD. ist bereit, an der schweren und verantwortungsvollen Aufgabe, die Demokratische Selbstverwaltung neu aufzubauen, verantwortlich mitzuarbeiten. Die Partei steht mit reinem Gewissen vor der Bürgerschaft und ist bereit, mit allen aufbauwilligen Personen der Stadt, die ihre Konsequenzen aus dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ziehen, verantwortlich mitzuarbeiten. Es ist nicht so, daß die deutsche Selbstverwaltung keine Erfahrung hat. Sprecher verweist in diesem Zusammenhang auf die Selbstverwaltung der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, wo die Selbstverwaltung die ersten bescheidenen Früchte getragen hat. Der Geist des Preußischen Polizeistaates war es dann später, der die Selbstverwaltung einengte. Wenn die SPD. heute zur Mitarbeit bereit ist, so kommt sie nicht mit nörgelnden und mit Minderwertigkeitskomplexen belasteten Mitgliedern, sondern mit freudigen und verantwortlichen Mitgliedern und mit einem klaren Programm. Die Partei kommt ferner mit einem Machtanspruch auf die Führung der Verwaltung, worauf sie Anspruch hat. Sprecher führt weiter aus, daß die zukünftige Zusammenarbeit von einem demokratischen und sozialen Geiste getragen werden muß und hebt



die Verdienste der modernen Arbeiterbewegung hervor. Die Partei wünscht nicht den Wiederaufbau der Zustände von 1933. Die zukünftige Stadtverfassung, die den organisatorischen Aufbau einer Selbstverwaltung vorsehen soll, muß über die Kreise und Länder zur demokratischen Verwaltung des Reiches führen. Zu bedauern ist, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Eindruck besteht, als ob eine demokratische Regierung mit dem Niedergang der Nation verbunden ist. Besonders ist in diesem Zusammenhang auf die Jugend zu verweisen, die an die Ideale des Dritten Reiches geglaubt hat, aber selbst unschuldig ist. Es wird eine besondere Aufgabe sein, diese Jugend für eine schöpferische Demokratie zu gewinnen und den nationalsozialistischen Geist zu verdrängen. Dazu ist es notwendig, Universitäten und Schulen mit neuen Menschen zu besetzen. Ohne Heranziehung von pädagogisch geschulten Laien wird man auf diesen Gebieten nicht zum Ziel kommen. Sprecher hebt dann die besonderen Verdienste der Märtyrer hervor, die für ihre Idee ihre Freiheit und ihr Leben opferten, und stellt dem gegenüber das Verhalten der führenden Deutschen, die nicht den Mut hatten, die Konsequenzen zu ziehen, als die militärische Lage des Reiches hoffnungslos geworden war, nur weil sie das eigene Leben höher stellten. Einer der ersten Anträge der SPD. wird es sein, das Adolf Hitler und Großadmiral Raeder verliehene Ehrenbürgerrecht der Stadt Kiel wieder abzuerkennen. Ratsherr Gayk legt dann im einzelnen die soziale Not dar, unter der das deutsche Volk jetzt leidet und weist insbesondere daraufhin, daß 25% der Schulkinder unterernährt sind, von denen leider nur 6% an der Schulspeisung teilnehmen können. Die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Kiel liegt wie ein Alpdruck auf allen; denn ohne ausreichende Beschäftigung für die werktätige Bevölkerung der Stadt kommen wir nicht aus dem Elend heraus. Ohne die Hilfe der Provinz, des Landes und der Militärregierung ist es nicht möglich, die Stadt wieder aufzubauen. Das neue Leben, das wir wollen, muß wieder reich sein an inneren Werten, an Hilfsbereitschaft und sozialer Gesinnung. Dazu ist es notwendig, daß alle, die das Unglück verschuldet haben, aus Wirtschaft, Verwaltung und Vereinen entfernt werden.

Ratsherr Koch führt folgendes aus:

Mit dem heutigen Tage beginnt ein neuer Abschnitt unseres städtischen Zusammenlebens. Ich erblicke in dem von der M.R. angeregten Aufbau unserer Selbstverwaltung von unten nach oben die beste Voraussetzung, um zu einer gesunden Demokratie zu kommen. Die Demokratie von 1918-1933 war eine von vornherein falsch verstandene Demokratie. Ihre Entstehung war eine sprunghafte und konnte nicht von Dauer sein, da sie von monarchischen Obrigkeitsstaat sogleich zum Extremen-Parlaktismus gelangte. Alles Große muß sich organisch entwickeln. Selbst mit einer vollendeten demokratischen Verfassung gibt es noch kein reifes demokratisches Volk. Mit dem Neubau der Selbstverwaltung der Gemeinden wird das Volk für die Demokratie und ihre Institutionen nach und nach reif werden. Der mißverständlichen Demokratie der Weimarer Republik, in der bei den Parteien weniger die Fähigkeit zu Regieren als die Neigung zum Kritisieren ausgebildet war, und die daher weder den Klassenkampf noch die Vergewaltigung der Minderheiten aufhalten konnte, fehlte vor allem der Sinn der verantwortlichen Opposition. Ich habe den Eindruck, daß alle neuen Parteien aus der Erfahrung gelernt haben. Die geschichtliche Erfahrung verbietet vor allem die Rückkehr zu der parteipolitischen Zersplitterung, die eine Voraussetzung für die nat. soz. Machtergreifung war. Ein politisches Planen auf lange Sicht und ein tatkräftiges Handeln haben in einem demokratischen Staat

das

das Vorwalten zweier regierungsfähiger Parteien zur Voraussetzung, von denen diejenige, die in Opposition ist, von nicht geringerem Verantwortungsgefühl erfüllt sein muß als die andere, aus der die Regierung gebildet wurde. Ich bin überzeugt, daß wir diesen Weg zu einem gesunden Zweiparteiensystem zwangsläufig gehen werden. Vorläufig werden wir noch Koalitionen bilden müssen. Aber auch hier werden wir von dem Willen getragen sein, das Schöpferische verschiedener politischer Richtungen zur friedlichen Zusammenarbeit zu vereinen, gleich wie in Reiche der Natur das Zusammenwirken verschiedener Kräfte in sinnvoller Wechselwirkung ein gesundes Wachstum hervorbringt. Wie auch immer das Kräfteverhältnis in der politischen Struktur aussehen mag, es gilt immer, die Schwierigkeiten des Gegeneinander entweder durch das Miteinander oder durch das Nacheinander zu überwinden, indem man an das Gegebene und Nächstliegende anknüpft. Mit allen Mitteln müssen wir in Zukunft dagegen arbeiten, daß eine Mehrheit sich wieder durchzusetzen beginnt im Sinne der Totalität, denn dieser Glaube an die Totalität, an das Absolute, hat sich ja nun als der verhängnisvollste Irrglaube unseres Volkes herausgestellt. Wir haben den ungeheuersten Totalitätsapparat eines Staates in der Geschichte zusammenstürzen gesehen und haben auf bitterste Art erleben müssen, daß das Totale, Absolute, zur Katastrophe führen mußte. Aus dem Ablauf einer solchen Entwicklung stieg das grauenhafte Ende herauf, weil mit der Entwicklung dieses Systems die Maßnahmen der Gewalt in demselben Maß anwuchsen, wie die sich einstellenden Fehler des Diktatorsystems. So artete ein Führerprinzip aus in Führerlosigkeit, und Disziplinlosigkeit, in Sinnlosigkeit, Chaos und Verbrechen.

Wir stehen am Anfang einer neuen Entwicklung, geläutert durch bittere geschichtliche Erfahrung. Nur aus der Selbstbesinnung und Sammlung und aus dem Kampf gegen die widernatürliche Trennung von Arbeitern und Bürgern kann sich auch bei uns eine gesunde Demokratie, die immer eine soziale Demokratie ist, entwickeln. Für uns ist jeder strebende Arbeiter ~~und~~ Bürger und jeder strebende Bürger Arbeiter, außerhalb stehen nur Organisationen der Ausbeutung und des Klassenkampfes.

Möge mit Gottes Hilfe die Not, in der man uns zurückgelassen hat, zu unserem Segen werden und uns den Weg in die wahre Demokratie finden lassen in einem Staate der Gesetzlichkeit, der Ordnung und des Rechts, der Menschenwürde und Sittlichkeit.

Ratsherr Karge bedauert, daß es den Deutschen nicht gelungen ist, mit eigener Kraft die Demokratie zu schaffen. Es muß jetzt die Kraft angebracht werden, den Wiederaufbau zu beginnen. Die KPD kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie die meisten Opfer gebracht hat, wenn über die Fehler der Vergangenheit gesprochen wird. Die KPD hat niemals Hilfsstellung den Leuten gegeben, die Hitler in den Sattel gehoben haben. Inzwischen haben sich unerhört geschichtliche Veränderungen in der ganzen Welt ergeben. Auf Grund dieser geschichtlichen Wendung ändern sich die Taktik und die Grundsätze der Partei. Aus dieser geschichtlichen Wendung nimmt die Partei die Voraussetzung für ihre Arbeit. Es kann nur durch den demokratischen Aufbau zu einer Gesundung kommen. Über die gemeindliche Selbstverwaltung müssen wir zu einer provinziellen Selbstverwaltung und schließlich zu einer einheitlichen Staatsverwaltung kommen. Der Nationalsozialismus hat das ganze Volk gehorsam gemacht. In der ganzen Geschichte hat es kein Volk gegeben,



daß sich so unterwürfig gezeigt hat wie das deutsche. Hitler ist es gelungen, das Volk mit Brot und Spielen hinter sich zu locken. In das ganze Volk ist eine Gehorsampflicht hineingeschult worden. Gehorsam ist nicht zu verwechseln mit Disziplin. Disziplin heißt denken und Unterordnung unter die Befehle, die das Volk selbst beschlossen hat. Die Hauptsache ist, den Kriegswahn und die damit zusammenhängenden heldischen Gedanken aus dem Volk heraus zu bringen. Jetzt kommt es darauf an, die traditionsgebundene Stellung Kiels als Kriegsmarinestadt verschwinden zu lassen. Diese Tradition ist gefährlich geworden. Es muß angeknüpft werden an die Zeit, wo Schleswig-Holstein noch nicht zu Preußen gehörte. Wir müssen zurückdenken an die Zeit, wie Kiel noch nicht Reichskriegshafen war. Kiel war damals das Tor für die Schifffahrt der Ostvölker nach dem Westen. Kiel war früher ein Fischerdorf. Dieses Fischerdorf wieder in Erscheinung treten zu lassen, ist unser Gedanke. Wir können uns aber Kiel als Stützpunkt der Ostseefischerei denken, wozu auch der Bau von Fischereifahrzeugen gehört. Der Stadt muß wieder ein friedlicher Charakter gegeben werden, wozu es erforderlich ist, daß jetzt schon die Pläne für den Neuaufbau fertig gestellt werden. Vieles ist noch zu tun, um Kiel über die Notzeit hinweg zu bringen. Es hätte mehr getan werden können, wenn nicht in der Verwaltung und Wirtschaft immer noch Leute sitzen würden, die im eigenen Interesse arbeiten. Wirtschaft und Verwaltung müssen entnazifiziert werden. Ein besonderes Augenmerk muß der Flüchtlingsfürsorge zugewendet werden. Dabei muß auch an die Bombenopfer gedacht werden, die gezwungen sind, in Gartenbuden usw. zu wohnen. Die Not ist ~~im~~ allgemein groß. Wenn wir alle mit gutem Willen und vereinten Kräften die Arbeit beginnen, dann wird es uns gelingen, mit der Wiederaufbauarbeit zu beginnen. Heute kann <sup>man</sup> noch nicht von einem Wiederaufbau sprechen, sondern nur davon, daß in Kiel ausgebessert wird. Die Gemeindevertretung muß ihre Beschlüsse so fassen, daß sie das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bekommt, wenn es zu den Wahlen kommt. Wir wollen hoffen, daß wir uns auf einem guten Boden gefunden haben, nämlich auf dem demokratischen Boden. Möge es gelingen, die geistige Demokratie in der wirklichen Demokratie auferstehen zu lassen.

Anschließend wird der Verfassungsausschuß gebildet, der sich wie folgt zusammensetzt: Oberbürgermeister, Bürgermeister, die Ratsherren Ratz, Gayk, Burmeister, Dr. Lindemuth, Pressler und Karge. Über die Stadtverfassung soll in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 13. ds. Mts., 10 Uhr beschlossen werden.

Anschließend teilt der Oberbürgermeister mit, daß Major Harrison den Wunsch geäußert hat, die Ratsherren einzeln kennen zu lernen, und zwar jeweils 5 Mitglieder, was im einzelnen festgelegt wird.

gez. Dr. Emcke

gez. Adolph